

Arbeitsübersetzung aus dem Russischen

A u s f ü h r u n g e n

des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der
Volksrepublik Polen

K. Skubiszewski

Warschau, 26. Oktober 1989

Werte Kollegen Minister,
werte Teilnehmer des Treffens!

Unsere Plenumsdiskussion gestattet es, einige Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind Mitgestalter grundlegender Wandlungen in Europa. Wir sind der Auffassung, daß wir eine Politik stärken, die auf Stabilität und Entspannung in den Ost-West-Beziehungen, die Gestaltung der Einheit Europas und die Demokratisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Grundlage des Völkerrechts gerichtet ist. Dieses Recht mit seinen Grundprinzipien bestimmt auch unsere Beziehungen, d. h. die Beziehungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages untereinander.

Die polnische Delegation konstatiert mit Genugtuung, daß die auf unserer Tagung erarbeiteten gemeinsamen Dokumente diesen Zielen und Voraussetzungen entsprechen. Die polnische Delegation billigt diese Dokumente.

Werte Kollegen!

In meinen Ausführungen möchte ich mich auf fünf Fragen konzentrieren: erstens - Einschätzung der internationalen Lage, zweitens - Abrüstung, drittens - der KSZE-Prozeß, viertens - ökonomische Probleme und fünftens - unsere Haltung zum Bündnis und dessen Funktionsweise.

Ich beginne bei der ersten Frage. Zur internationalen Lage. Eine allgemeine Bilanz der positiven und negativen Trends in den internationalen Beziehungen ziehend möchte ich die

beträchtlichen Fortschritte hervorheben, die sich in jüngster Zeit im sowjetisch - amerikanischen Dialog, besonders im Bereich der Abrüstung, ergeben haben. Wir halten diesen Dialog für notwendig und unterstützen ihn. Unserer Ansicht nach tragen die Großmächte eine besondere Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens. Das findet seinen Ausdruck in der Charta der Organisation der Vereinten Nationen. Die verantwortungsbewusste Haltung der Mächte übt auf die Weltpolitik, die als Gesamtheit aller, auf die Friedenssicherung gerichteter Maßnahmen betrachtet wird, einen beträchtlichen Einfluß aus. Allerdings können die Anstrengungen in Zusammenhang mit der Festigung der internationalen Sicherheit nicht bedeuten, daß die einen Staaten in bezug auf die anderen eine dominierende Position einnehmen.

Erfolgreich laufen die Abrüstungsverhandlungen in Wien. Polen mißt ihnen große Bedeutung bei. Wir konstatieren ebenfalls eine Vorwärtsbewegung in der Frage hinsichtlich der Begrenzung der Produktion und der Beseitigung der chemischen Waffen sowie in der Frage der Ausdehnung der Sphäre eines Kernwaffentestverbots. Dies entspricht den Grundaussagen des Programms, das mit den Dokumenten der Bukarester PBA-Tagung angenommen wurde.

Die ökonomischen, kulturellen und anderen Beziehungen zwischen den Ländern in Ost und West weiten sich aus. Im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen und der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entwickeln und festigen sich Rechtsnormen für das Miteinander der Staaten. Dies ist auch für die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages von substantieller Bedeutung. Die Perspektiven für die Beilegung wenigstens einiger regionaler Konflikte haben sich verbessert. Wegen ihres Gefahrenpotentials erfordern diese Konflikte äußerst hohe Aufmerksamkeit. Auch wenn sich diese Konflikte nicht augenblicklich ausbreiten werden, so verschlechtern sie doch die Beziehungen zwischen Drittstaaten.

Die Umgestaltung in der Sowjetunion und die Wandlungen in anderen Bündnisstaaten tragen zum Anwachsen des Vertrauens in den Ost - West - Beziehungen bei. Ein substantieller Bestandteil der Politik der Staaten des Nordatlantischen Bündnisses, darunter auch der Vereinigten Staaten von Amerika, ist die Tatsache, daß sie die Wandlungen, die sich in den Ländern Mittel- und Osteuropas vollziehen, nicht dafür ausnutzen, um diese oder jene Art Druck auszuüben. In Westeuropa gibt es starke Tendenzen zur Entwicklung der Einheit des Kontinents. Wir nehmen sie mit Genugtuung auf. Wir wollen an dieser gemeinsamen Sache aktiv mitwirken.

Wenn wir diese günstigen Veränderungen konstatieren, so sehen wir gleichzeitig auch die Wandelbarkeit einiger positiver Prozesse, das Fehlen einer soliden Untermauerung im ökonomischen Bereich und Fälle der Verletzung des Völkerrechts.

Wir sind der Auffassung, daß gegenwärtig für unser Bündnis keine militärische Bedrohung vorhanden ist. Gleichzeitig ist es nicht ohne Bedeutung für unser Bündnis, daß durch ein Wiederaufleben der Diskussion über die Grenzen in Mitteleuropa die deutsche Frage wieder in den Mittelpunkt gerückt wird. Hierbei gibt es Elemente der Destabilisierung nicht nur für die europäische Zusammenarbeit, sondern auch für die Zukunft Europas. Des weiteren sind hier einige widersprüchliche Strömungen zu verzeichnen. Einerseits gibt es Erklärungen, Gerichtsurteile und Verwaltungsbeschlüsse, in denen die polnisch-deutsche Grenze in Zweifel gezogen wird. Andererseits gibt es beruhigende Beteuerungen, die bisweilen sehr weit gehen. Eine einheitliche Haltung im Geiste der europäischen Sicherheit und Solidarität wäre hier wünschenswert.

Angesichts der heutigen Lage ist die Förderung der Stabilisierungsprozesse in Europa und besonders der Gewährleistung des Gleichgewichts zwischen Ost und West bei Herabsetzung der Niveaus der militärischen Potentiale der Hauptgrund für die Existenz des Warschauer Bündnisses.

Werte Tagungsteilnehmer!

Die nächste Frage, die ich ansprechen möchte, betrifft die Abrüstung. Diese Frage ist auf das engste mit den Verteidigungsaufgaben unseres Bündnisses verbunden.

Die Herbeiführung eines Abkommens im Zuge der Verhandlungen der 23 Staaten über konventionelle Streitkräfte ist für unsere Politik im Bereich der Abrüstung von Priorität. Herbst nächsten Jahres als Endtermin für die Unterzeichnung eines Vertrages anzusetzen - das ist eine ernsthafte Herausforderung. Sein enger Zusammenhang mit einem europäischen Gipfeltreffen wird die politische Notwendigkeit eines Vorgehens unterstreichen, welches die Herbeiführung erforderlicher Kompromisse beschleunigen würde. Ein Gipfeltreffen könnte den Übergang zur nächsten Phase der Verhandlungen, wobei dann schon alle europäischen Ländern mitwirken, erleichtern. Dieses Treffen könnte das Symbol für eine neue Etappe bei der Wandlung der Strukturen der europäischen Sicherheit werden. Es läßt sich vorstellen, daß unsere Partner den Wert dieser Initiative auch unter dem Blickwinkel einer Erleichterung des Ratifizierungsprozesses sehen, was die Chancen für ihre Realisierung erhöht.

Damit eine Vereinbarung im Herbst 1990 möglich wird, ist es notwendig, daß die Verhandlungen bereits im ersten Quartal des Jahres 1990 entscheidend vorankommen. Polen unterstützt den Gedanken eines Außenministertreffens in der Annahme, daß dieses Treffen die Möglichkeit bieten würde, prinzipielle Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Der Vorschlag, ein Treffen durchzuführen, setzt allerdings nicht voraus, daß die Differenzen konzeptionellen Charakters nicht auch schon früher bzw. auf andere Art und Weise beseitigt werden könnten. Danach müssen wir in Wien streben.

Wir müssen stets dafür Sorge tragen, daß starke politische Impulse regelmäßig aus allen Hauptstädten kommen. Anderenfalls

werden sich immer mehr schwierige Fragen anhäufen und - das zeigen die Diskussionen zur Frage der Bestimmung der einzelnen Kategorien von Rüstungen, die der Reduzierung unterliegen, - es wird schwer werden, selbst jene Probleme zu lösen, die rein technischen Charakter tragen.

Wenn man über die wichtigsten Hindernisse spricht, so muß man die Frage der Fliegerkräfte nennen. Unsere jüngsten Vorschläge bringen uns ihrer Lösung näher. Wir glauben, daß der Schlüssel dafür einerseits darin liegt, daß der Nordatlantikpakt wesentliche militärisch-strategische Interessen der Sowjetunion anerkennt, und andererseits darin, daß im Hinblick auf die Besorgnisse der NATO die entsprechenden Garantien dafür geschaffen werden, damit der Lösungsmodus dieser Frage über die Fliegerkräfte nicht zu einem eventuell möglichen Umgehen eines Abkommens führt.

Ich füge hierbei hinzu, daß das Problem der sogenannten eingelagerten Rüstungen nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Dimension hat. Wir sind der Ansicht, daß unsere Haltung keinen Vorwand für den Verdacht liefern sollte, daß wir nach Verdrängung der Vereinigten Staaten von Amerika aus Europa streben. Gleichzeitig fordern wir, daß die Partner auch unsere Interessen berücksichtigen. Als Gegengewicht zu den amerikanischen Depots könnten - wie sich vorstellen läßt - auch die nationalen Truppenteile, die nicht im vollen Bestand vorhanden und in Mitteleuropa stationiert sind, dienen.

In den Verhandlungen der 35 hat die Vorbereitung auf das Seminar zu den Militärdoktrinen begonnen. Das ist unsere gemeinsame Idee. Wir müssen uns darum kümmern, daß das Seminar den Erwartungen gerecht wird; den Dialog über die Doktrinen könnte man fortsetzen. Wir unterstützen den Gedanken, daß die Generalstabschefs am Seminar teilnehmen. Außerhalb von Regierungskanälen regt Polen zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland einen breiten Dialog zur Frage der Evolution der Militärdoktrinen an.

Werte Kollegen und Tagungsteilnehmer!

Nunmehr möchte ich zur dritten Frage kommen, und zwar der Frage hinsichtlich Entwicklung und Festigung des gesamteuropäischen Prozesses. Das nicht erst seit heute bestehende Interesse unseres Bündnisses an diesem Prozeß entspringt der offenkundigen Tatsache, daß dieser Prozeß die Friedensstrukturen auf dem Kontinent, die das Miteinander der Staaten, Völker Gemeinschaften und einzelner Menschen umfassen, festigt. Der blockübergreifende Charakter der KSZE sowie die natürliche Differenziertheit der Politik der verbündeten Länder führen dazu, daß wir auf diesem Forum nicht immer mit einer Stimme zu sprechen brauchen. Wichtig ist allerdings, daß wir gemeinsam nach gemeinsam abgestimmten Zielen straben. Gerade daher rührt das Erfordernis nach einer tiefgründigeren Erörterung der Perspektiven des Prozesses.

Den Stand des Helsinki-Prozesses schätzen wir als gut ein, jedoch nähern wir uns jenem Punkt, an dem seine gegenwärtigen Möglichkeiten erschöpft sind. Somit entsteht die Notwendigkeit von neuen Impulsen, damit der Prozeß einen neuen Inhalt gewinnt. Inzwischen müssen wir dafür Sorge tragen, daß sich alle seine Dimensionen harmonisch entwickeln.

Der Teil des Prozesses, bei dem es um militärische Aspekte geht, die ich gerade angesprochen habe, entwickelt sich befriedigend, wobei sich seine Autonomie - sowohl im Hinblick auf seinen Inhalt als auch auf seine Form - immer deutlicher ausprägt. Ich möchte lediglich hinzusetzen, daß wir den Dialog mit der NATO mit dem Ziel intensivieren und konkretisieren müssen, den territorialen Status quo auf dem Kontinent zu konsolidieren und das Niveau der militärischen Konfrontation herabzusetzen.

Was die menschliche Dimension der KSZE angeht, so sprechen wir uns für eine sorgfältige Realisierung der in Wien eingegangenen Vereinbarungen aus, denn dies ist der Weg zur Beseitigung

113

der Spaltung und zur Wiederherstellung der Einheit Europas. Diese, die Wiener Vereinbarungen - darunter auch besonders jene, die den Mechanismus der Realisierung der Menschenrechte betreffen, - schaffen für alle gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten. Wir müssen sie aktiv nutzen. Polen macht von diesem Instrument Gebrauch, wobei angestrebt wird, bestimmte, bisweilen diskriminierende Maßnahmen einiger Länder in bezug auf unsere Staatsbürger zu beseitigen. Des Weiteren steht die Frage nach den Rechten ausländischer Staatsbürger polnischer Herkunft. Aktives Herangehen an diesen Problemkreis wird für unsere Vorbereitung auf den zweiten Teil der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE, die im Juni nächsten Jahres in Kopenhagen stattfinden wird, charakteristisch sein.

Gleichzeitig müssen wir uns darüber im klaren sein, daß - solange die Staaten unseres Bündnisses noch keine radikale und merkliche Verbesserung der Normen und Praktiken in diesem Bereich erreicht haben, also im Bereich der Menschenrechte, des Menschheitsfortschritts, also auch in den Beziehungen zwischen uns, bei Privatreisen von Bürgern - sich das negativ auf unsere Beziehungen auswirken wird, unsere Appelle zur Errichtung des "gemeinsamen europäischen Hauses" nicht überzeugend klingen werden.

Wir haben schon wiederholt unserer Sorge Ausdruck verliehen, daß der Stand der ökonomischen und technologischen Aspekte der KSZE schlecht ist.

Das angenommene Dokument zur Frage der gesamteuropäischen ökonomischen Zusammenarbeit muß vor allem als Beginn der Vorbereitung auf die für nächstes Jahr in Bonn angesetzte Konferenz über ökonomische Zusammenarbeit in Europa betrachtet werden. Diese Konferenz könnte eine neue Sichtweise auf diesen Teil des KSZE-Prozesses einleiten. Wir setzen auch darauf, daß das gerade in Sofia stattfindende Umweltschutztreffen unsere Aktivitäten in diesem Bereich der Zusammenarbeit konkretisiert. Ökologische Sicherheit ist von nicht geringerer Bedeutung als militärische.

Bei der Stärkung der positiven Richtungen des Helsinki-Prozesses müssen wir auch über seine Weiterentwicklung nachdenken, um seine für alle Partner attraktive Perspektive zu erarbeiten. Es läßt sich vorstellen, daß dieser Thematik eines der nächsten turnusmäßigen Treffen der Leiter der Abteilungen für politische Planung/Analyse unserer Außenministerien gewidmet sein könnte.

Insbesondere könnte man über die Zweckmäßigkeit des Vorschlags nachdenken, das KSZE-Treffen in Helsinki im Jahre 1992 auf Ebene der Staats - bzw. Regierungschefs durchzuführen. Dies würde einen Impuls darstellen, der der Arbeit eine entsprechende Ausrichtung verleihen würde.

In einem modernen Europa sind Strukturen der Zusammenarbeit, die sich in verschiedenen Bereichen doppeln, überflüssig und werden es auch in Zukunft sein. Die Gestaltung eines neuen Modells der europäischen Beziehungen muß pragmatisch und praktisch sein. Dieses Modell muß auf möglichst natürliche Art und Weise entstehen, gewissermaßen von unten auf, beginnend mit einfachen und bescheidenen Fragen.

Dabei sind die schon bestehenden Strukturen möglichst breit zu nutzen und an die neuen Erfordernisse anzupassen. Große Möglichkeiten bietet in diesem Zusammenhang der Europarat mit seinen mehr als hundert Konventionen und einem breiten Netz institutionalisierter Kooperation. Es liegt auf der Hand, daß diese Organisation nicht im KSZE-Rahmen funktionieren kann, jedoch könnte man über ihre künftige, und zwar gesamt-europäische Rolle nachdenken. Wir sind dazu bereit, über unsere eigenen Erfahrungen in dieser Frage Auskunft zu geben.

Werte Teilnehmer des Treffens!

Ich komme nunmehr zur vierten Frage, wobei es um wirtschaftliche Probleme geht.

Erstmals haben wir in diesem Gremium - entsprechend einem Beschluß der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses - so hohe Aufmerksamkeit und viel Anstrengung auf die gesamteuropäische ökonomische Zusammenarbeit verwendet. Die Förderung dieser Dimension der europäischen Beziehungen seitens des Warschauer Vertrages wird von uns als Beitrag zur Festigung der europäischen Friedensstrukturen verstanden. Ich glaube, daß unsere Haltung in dieser Frage mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen werden wird.

Zur Substanz der Frage der gesamteuropäischen ökonomischen Zusammenarbeit wird sich auch mein Kollege, der Minister für Außenwirtschaftliche Zusammenarbeit, Marcin Świącicki, äußern. Deshalb möchte ich lediglich auf drei Aspekte dieser Frage zu sprechen kommen:

- erstens: wir müssen einige Gedanken, die in den heutigen Ausführungen enthalten waren und gekürzt im Kommuniqué ihren Niederschlag finden, aktiv ausbauen und in den gesamteuropäischen Prozeß einfließen lassen. Diese Frage muß Gegenstand eines Meinungsaustauschs während einer der nächsten Beratungen der Informationsgruppe sein;
- zweitens: wir schlagen vor, daß wir gemeinsam mit den westlichen Ländern nach Formen der Angleichung der Wirtschaftsmechanismen als Instrument zur Erweiterung der gegenseitigen Beziehungen suchen, wobei kein Verlust an Eigenständigkeit bei den Partnern eintreten darf;
- drittens: wir sprechen uns für eine positive Haltung zu der vor uns stehenden Herausforderung aus, die sich unter Berücksichtigung eines einheitlichen Marktes im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Ende 1992 ergibt. Aus dieser Sicht hat die sowjetische Initiative, die zu einem ständigen Meinungsaustausch in dieser Frage führte, große Bedeutung. Wir nutzen ihren intellektuellen Gehalt, wobei

wir uns bemühen, zu dieser Initiative gleichzeitig auch unseren eigenständigen Beitrag zu leisten.

Werte Kollegen und Teilnehmer des Treffens!

Gestatten Sie, daß ich zum nächsten Punkt komme, zur Problematik unseres Bündnisses.

Die Haltung Polens zu dieser Frage wurde im Sejm vom Vorsitzenden des Ministerrates Tadeusz Mazowiecki in seiner Regierungserklärung dargelegt, wobei unterstrichen wurde, daß - ich zitiere - "die neue Regierung ihre Bündnisverpflichtungen einhalten wird" und daß "... es wichtig (sei), daß sich alle militärischen Verträge und Bündnisse nur auf die äußere Sicherheit der Teilnehmerstaaten, jedoch nicht auf ihre innere politische und ökonomische Ordnung beziehen."

Bei unserem Ansatz berücksichtigen wir die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in den verbündeten Staaten vollziehen. Ihre Dimensionen und ihr Charakter gestalten sich äußerst differenziert. Sie alle jedoch beeinflussen nicht nur die Lage im Innern der einzelnen Länder, sondern auch deren Außenpolitik und ihre Außenbeziehungen. Wir wollen, daß diese Wandlungen auf volles Verständnis und Respekt stoßen.

Das Wesen eines jeden Bündnisses und die damit verbundene Zusammenarbeit besteht in der Bestimmung des für alle gemeinsamen Ziels und dessen Realisierung. Dabei muß die Gemeinsamkeit der Interessen im Sicherheitsbereich berücksichtigt werden. Das Bündnis darf nicht die Freiheit jedes Teilnehmers mit Hinblick auf die Wahl des Entwicklungsweges auf der Grundlage der eigenen Erfahrungen, Umstände und Erfordernisse einschränken und schränkt dies auch nicht ein. Es ist nicht haltbar, einheitliche Muster und universelle Modelle des inneren Aufbaus anzuwenden. Dies wird nicht in Betracht gezogen. Dieses

177

Herangehen entspricht dem Zeitgeist und den Hauptentwicklungsrichtungen der internationalen Gemeinschaft von heute. Übrigens hat dieser Ansatz im Kommuniké der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses seine Widerspiegelung gefunden. Dem müssen partnerschaftliche, zwischenstaatliche Beziehungen, die sich auf die stabilen Prinzipien der Souveränität, Gleichheit und Nichteinmischung gründen, entsprechen, hinter denen nicht nur Führungskreise stehen, sondern breite gesellschaftliche Kräfte. Die in Artikel 8 des Warschauer Vertrages genannten Prinzipien sind das Fundament und die Voraussetzung für unsere Zusammenarbeit.

Wir sind davon überzeugt, daß die Wandlungen, die sich in den verbündeten Ländern vollziehen, den Funktionen und dem Charakter des Warschauer Vertrages Glaubwürdigkeit, insbesondere unter dem Blickwinkel der Prozesse, die zur Festigung der Sicherheit in Europa beitragen, verleihen.

Polen ist bestrebt, an Schritten zur weiteren Demokratisierung der Beziehungen im Bündnissystem, daß sich auf den Warschauer Vertrag gründet, aktiv teilzunehmen. Wir werden Umgestaltungen in bezug auf die Struktur und die Funktionen der Organisation des Warschauer Vertrages unterstützen, damit dem Charakter der Umgestaltungen, die sich in den verbündeten Ländern und im Bereich ihrer Außenpolitik vollziehen, und den Wandlungen, die in den Ost - West - Beziehungen im Gange sind, entsprochen wird.

Mit dem Blick auf diese Wandlungen kehren wir zu den vorangegangenen, bereits früher geäußerten Einschätzungen und Vorschlägen zurück, um nach Möglichkeit ein ständiges Sekretariat oder ein Konsultativorgan subsidiären Charakters ins Leben zu rufen. Dieses würde die Koordinierung bezüglich der Bündnisfunktionen, die sich auf Fragen der äußeren Sicherheit der Teilnehmerstaaten des Vertrages beziehen, verbessern und es gleichfalls erleichtern, Beziehungen mit der Organisation des Nordatlantischen Bündnisses anzubahnen.

Die Entwicklung der Lage in Gesellschaft und Politik in den Staaten des Warschauer Vertrages, die sich dort vertiefenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie Erscheinungen, die in ihrem internationalen Umfeld vor sich gehen, stellen uns, stellen diese Länder vor neue Probleme. Sie verlangen nach unkonventionellen, zeitgemäßen Lösungen - nicht nur im Rahmen einzelner Staaten, sondern auch hinsichtlich ihrer Beziehungen untereinander.

In den Vordergrund ist die Frage einer prinzipiellen Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zu stellen. Vor allem geht es um die Modernisierung der rechtlichen Basis, der juristischen Instrumente der Zusammenarbeit. Notwendig ist auch ein neuer Ansatz für die multilaterale Zusammenarbeit, besonders durch eine Umgestaltung des RGW und durch Schritte, die seine Tätigkeit von bedeutungslosen Wortgefechten und Bürokratismus freimachen und der Arbeit des Rates einen rationellen Charakter verleihen, was konkrete Effekte im Bereich der ökonomischen Beziehungen seiner Mitglieder herbeiführen würde. Ich möchte dieses Thema nicht weiter ausformen, da es nach dem von Minister Marcin Świącicki gegebenen Essen noch breiter behandelt werden wird.

Zum Schluß meiner Ausführungen kommend möchte ich noch auf die Frage der Kontakte zwischen unseren Gemeinwesen eingehen. Die in diesem Bereich bestehende Praxis, d. h. die Beibehaltung und sogar Neuschaffung von administrativen Hindernissen, die diese Kontakte bremsen und in einigen Fällen diese Kontakte direkt verhindern, ist mit den heute allgemein angewandten Prinzipien und Normen der internationalen Beziehungen, wie sie auch in der Schlußakte der KSZE und in den Dokumenten des Wiener Treffens fixiert sind, unvereinbar. Diese Praxis wird von der Öffentlichkeit unserer Länder besonders kritisch aufgenommen, was sich auf unsere zwischenstaatlichen Beziehungen, die Beziehungen innerhalb des Bündnisses, negativ auswirken muß.

119

Folglich sprechen wir uns für die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für eine breite und unbegrenzte Entwicklung auf der Grundlage der Freiheit für Verbindungen zwischen Einzelpersonen, gesellschaftlichen Organisationen bzw. Berufsorganisationen, Künstlerverbänden, Kirchen, religiösen Vereinigungen und jedweden anderen Organisationen aus. Eine solche Freiheit verletzt nicht die innere Ordnung der Staaten, und daher kann ein Verweisen auf diese Ordnung weder Anlaß noch Vorwand für Restriktionen, ja selbst die gänzliche Unmöglichkeit gesellschaftlicher Kontakte sein. Auf der Basis der Gegenseitigkeit müssen wir das Recht ethnischer Gruppen auf Gewährleistung einer ihnen gemäßen kulturellen Entwicklung und der Verbindungen der Angehörigen dieser Gruppe mit Personen derselben Nationalität in anderen Staaten anerkennen. Die menschliche Dimension internationaler Beziehungen trägt universellen Charakter und kann nicht selektiv Anwendung finden.

Ein herangereiftes Problem stellt die gemeinsame Lösung ökologischer Fragen dar. Mit dieser Zielstellung ist das Hauptaugenmerk auf die Annahme entsprechender Exekutivmaßnahmen subregionaler Größenordnung sowie auf Maßnahmen zwischen Nachbarstaaten zu legen. Mit Deklarationen und Verträgen allein ist es nicht getan, es bedarf ihrer konkreten Umsetzung. Viel ist auch auf dem Gebiet der multilateralen ökologischen Zusammenarbeit zu tun. Große Beachtung ist Fragen des Erfahrungs- und Informationsaustauschs sowie der Schaffung eines Frühwarnsystems zu schenken.

Ich sehe ebenfalls die Notwendigkeit, eine neue Vertragsrechtspolitik zu erarbeiten und in der Praxis anzuwenden. Die vertraglichen Grundlagen für die Beziehungen zwischen den verbündeten Staaten sind auszubauen, gleichzeitig müssen sie von der Praxis freigemacht werden, daß Abkommen geschlossen werden, die dann von niemandem eingehalten werden, oder daß solche Abkommen geschlossen werden, die das juristische Gefüge zwischen den Staaten erschweren. Die Bedeutung der Wahl und die nachfolgende Nutzung der entsprechenden vertraglichen Lösungen gewinnt

angesichts der sich in den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vollziehenden Wandlungen, darunter in den verschiedenen Bereichen ihrer Beziehungen, besonderes Gewicht.

Abschließend bitte ich für die Länge meiner Ausführungen um Entschuldigung. Ich bin der Überzeugung, daß wir mit einer Modernisierung und damit einer Steigerung der Effektivität der Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Bündnisses dieses gleichzeitig glaubhafter in bezug auf die Gesamtheit der internationalen Beziehungen machen werden und es besser darauf vorbereiten, die Aufgaben zu lösen, die sich für uns aus den tiefgreifenden Wandlungen, die sich in der Welt von heute vollziehen, ergeben.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.